

Auszug aus dem Protokoll des Stadtrates von Zürich

vom 12. März 2003

389. Schriftliche Anfrage von Thomas Marthaler und Myrtha Meuli betreffend Reinigungspersonal, Anstellungsbedingungen. Am 18. Dezember 2002 reichten Gemeinderat Thomas Marthaler (SP) und Gemeinderätin Myrtha Meuli (SP) folgende Schriftliche Anfrage GR Nr. 2002/565 ein:

Während der letzten Amtsperiode teilte der Stadtrat mit, dass die innerhalb der Verwaltung anfallenden Reinigungsarbeiten durch eigenes städtisches Personal ausgeführt würden. An dieser Politik würde mit dem Bewusstsein festgehalten, dass das Reinigungspersonal bei der Stadt vielleicht etwas besser entlohnt werde als in der Privatwirtschaft und der Stadt dadurch etwas höhere Kosten anfallen würden.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Der Stadtrat hat mit seiner Absicht, die Reinigungsarbeiten nicht auszugliedern, seinen Auftrag als Arbeitgeber wahrgenommen und in Kenntnis der teilweise sehr schlechten Anstellungsbedingungen im privatwirtschaftlich betriebenen Reinigungsgewerbe ein Zeichen für angemessenere Standards gesetzt.
Inwiefern divergieren die Anstellungsbedingungen für das Reinigungspersonal bei der Stadt heute von denjenigen renommierter privater Firmen bzw. Firmen, die von der Stadt Aufträge erhalten, in Bezug auf Löhne, flexible Arbeitszeiten/Verfügbarkeit, Chancengleichheit für Frauen/Männer?
2. Wie viele Personen verwaltungsexterner Unternehmungen reinigen heute für die Stadt Zürich? Inwiefern kontrolliert die Stadt die Anstellungsbedingungen dieser Personen? Nimmt die Stadt ihren Auftrag wahr zur Verhinderung von working poor – Personen/Familien, schlechteren Arbeitsbedingungen für Frauen als für Männer (Doppelbelastung/Flexibilität) und Scheitern von Integrationszielen?
3. Wie viele Personen in der Verwaltung, bei welchen Dienststellen, zu welchem Anstellungsgrad wären bei einer allfälligen Ausgliederung der Reinigungsarbeiten von einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen betroffen? Inwiefern?
4. Mit dem Verschwinden der Stadt als Arbeitgeber in der Reinigung droht der Lohndruck, die Akzeptanz tieferer Löhne, ungleicher Chancen für Frauen und Männer in der Reinigungsarbeit – gerade unter der gegenwärtig sich verschlechternden Wirtschaftslage – zuzunehmen. Wie setzt der Stadtrat hier ein Zeichen? Wie verhindert er, dass auf dem Buckel der im Arbeitsmarkt schwächsten Teilnehmerinnen gespart wird?
5. Warum hält der Stadtrat nicht am Konzept einer verwaltungsinternen Reinigungstruppe fest und verzichtet auf eine Ausgliederung der Reinigungsarbeiten?

Der Stadtrat beantwortet die Anfrage wie folgt:

Es trifft nach wie vor zu, dass die Stadt Zürich die anfallenden Reinigungsarbeiten innerhalb der Verwaltung weitgehend mit eigenem Reinigungspersonal erledigt. Von jeher vergibt die Stadt Zürich in geringem Umfang Reinigungsarbeiten an private Reinigungsunternehmen. Der Anteil von Reinigungen durch Dritte hat sich in den letzten Jahren kaum verändert.

Zu Frage 1: Die Stundenansätze, welche die Stadt Zürich ihrem Reinigungspersonal zahlt, betragen im Maximum Fr. 23.90. Private renommierte Reinigungsunternehmen zahlen die nach dem Gesamt-

arbeitsvertrag (GAV) vereinbarten Verbandstarife, im Maximum etwa Fr. 17.50. Hierzu kommen die vertraglich vereinbarten Sozialleistungen. Bezüglich flexible Arbeitszeiten kann aus organisatorischen Gründen keine grosse Bandbreite angeboten werden. Die Einsätze finden vorwiegend am Abend zwischen 17.00 und 20.00 Uhr statt. Eine klare Chancengleichheit für Frauen und Männer besteht.

Zu Frage 2: Die genaue Anzahl Personen von Fremdfirmen, welche für die Stadt arbeiten, ist nicht bekannt. Es kann kein Einfluss darauf genommen werden, wie sie ihr Personal einsetzen. Bei der Auftragsvergabe werden die Anstellungsbedingungen überprüft. Als Bedingung wird die Einhaltung des Gesamtarbeitsvertrages bzw. die Mitgliedschaft bei Alpura, Verband der Gebäudereiniger, verlangt.

Zu Frage 3: Bei der Immobilien-Bewirtschaftung sind zurzeit 255 Personen entsprechend rund 100 Stellenwerten für Reinigungsarbeiten angestellt. Ein Teil arbeitet als Aushilfe mit gelegentlichen Einsätzen für Ferien- und Krankheitsablosungen. Beim Schul- und Sportdepartement sind es 1080 Personen mit rund 365 Stellenwerten. Die meisten dieser Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten Teilzeit. Das durchschnittliche Pensum beträgt 35 Prozent. Im Gesundheitsbereich, einschliesslich die beiden Stadthospitäler Waid und Triemli, Krankenhäuser und Altersheime arbeiten weitere 550 Personen. Wie bereits bei der Ablehnung des Postulats von Gemeinderat Monjek Rosenheim betreffend Privatisierung der Gebäudereinigung im Jahr 1999 begründet wurde, würde eine Ausgliederung der Reinigungsarbeiten Sozialdumping für über 1885 wirtschaftlich schwache Personen bedeuten.

Zu den Fragen 4 und 5: Der Stadtrat setzt insofern Zeichen, als er im Grundsatz an der Politik der Eigenreinigung der städtischen Liegenschaften festhält.

Vor dem Stadtrat
der Stadtschreiber
Dr. Martin Brunner